

Die Politik zwingt den Hausbesitzer zur Wärmewende – und schadet dabei sogar dem Klima

Welt, 06.03.2023, Michael Fabricius

<https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus244096379/Immobilien-Politik-zwingt-Eigentuemmer-zur-Waermewende-und-schadet-so-dem-Klima.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.finanzen>

Der Technikwandel im Heizungskeller soll per Gesetz beschleunigt werden. Doch in der Praxis wird das kaum funktionieren. Stattdessen vernachlässigt der Staat seine Kernaufgaben. Das ist teuer, ineffizient – und schadet am Ende dem Klima mehr als es nützt.

In deutschen Heizungskellern herrscht noch das fossile Zeitalter. Von rund 41 Millionen Haushalten heizt fast jeder zweite mit Erdgas, gefolgt von Heizöl mit knapp 25 Prozent und Fernwärme mit gut 14 Prozent.

Der Gebäudesektor produziert jedes Jahr mehr als 110 Millionen Tonnen CO₂. Dass sich das ändern muss, wenn man Treibhausgasemissionen verhindern will, ist offensichtlich. Mittel- und langfristig sind grüner Strom und grüne Gase die Lösung.

Die Bundesregierung allerdings schlägt jetzt einen Weg ein, der besonders teuer wird, und möglicherweise dem Klima sogar mehr schadet als nützt. Vereinfacht gesagt, passen Timing und Technologie nicht zusammen.

Seit einigen Tagen kursiert ein Entwurf für ein neues Gebäude-Energie-Gesetz (GEG). Darin wird so detailliert wie nie vorgeschrieben, was künftig in deutschen Heizungskellern noch eingebaut werden darf.

Die zentrale Vorschrift lautet, dass ab 2024 beim Neueinbau nur noch Heizungen verwendet werden dürfen, die zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien gespeist werden. Das läuft meistens auf Wärmepumpen oder Wärmepumpen-Gashybridheizungen hinaus.

Zwar dürfen auch weiterhin reine Gasthermen verbaut werden – dann aber muss der Betreiber nachweisen, dass entweder Wasserstoff oder Biogas als Brennstoff genutzt wird. Beides ist aber kaum verfügbar. Auch Biomasseheizungen, etwa mit Pellets, sind erlaubt.

Wärmepumpen-Steigerung um Faktor acht

Der Technikwandel im Heizungskeller wird mit dem Gesetz noch beschleunigt durch Betriebsverbote für Heizungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und für Niedrigtemperatur- und Brennwertsysteme. Diese Fälle waren bisher von der Austauschpflicht nach 30 Jahren ausgenommen. Betroffen sind nach Schätzungen ab 2026 jährlich eine Million Geräte, die zusätzlich zu den ohnehin jedes Jahr ausgetauschten oder im Neubau eingesetzten rund 900.000 Heizungen dazukommen.

Als Orientierung: Im vergangenen Jahr wurden gut 250.000 Wärmepumpen installiert. Es geht also um eine Wärmepumpen-Steigerung um den Faktor acht innerhalb von drei Jahren.

Jeder, der sich ein wenig mit den Herausforderungen bei Planung, Installation und Geräteverfügbarkeit auskennt, weiß, dass das vollkommen unrealistisch ist. Mit solchen Vorgaben erzeugt die Bundesregierung bei vielen Hausbesitzern, die mit sinnvollen und wirtschaftlichen Investitionen bestimmt gerne das Klima schonen würden, vor allem für Unverständnis.

Und damit für Abwarten statt Anpacken. Die Energiewende im Gebäudesektor wird ihnen übergestülpt, nicht schmackhaft gemacht. Mieter drohen höhere Kaltmieten, wenn Vermieter ihnen über die Modernisierungsumlage die Kosten für einen überhasteten Wärmepumpen-Einbau und komplett neue Warmwasserinstallationen übertragen.

Der vermeintlich grüne Strom

Schon die Idee, möglichst viele Flächen zu dämmen, in manchen Fällen schon zum zweiten Mal, ist teuer und Ressourcen-aufwendig. Wie sieht wohl die Klimabilanz aus, wenn bei einem Durchschnittshaus mit KfW-100-Standard eine intakte Fassade heruntergerissen und mit einer Dämmschicht aus Styropor versehen wird?

Zu hohen fünfstelligen Summen fürs Dämmen kommen jetzt weitere Investitionen in der Größenordnung von 30.000 bis 50.000 Euro für eine Wärmepumpen-Installation plus Pufferspeicher und optimierter Heizkörper hinzu. In Mehrfamilienhäusern müssen ganze Anlagen neu gebaut werden. Ein durchschnittlicher Eigentümer-Haushalt hat solche Beträge schlicht nicht zur Verfügung.

Der Strom dafür, so legt man sich das im Wirtschaftsministerium zurecht, gilt als grün und nachhaltig, obwohl in den Wintermonaten außer an besonders windigen Tagen größtenteils Kohlekraftwerke zur Stromerzeugung beitragen. Nur Polen emittiert im Europavergleich noch mehr CO₂ pro produzierter Kilowattstunde Strom als Deutschland.

Der Grund: Deutschland steigt aus der Kernkraft aus. Die letzten rund fünf Prozent, die aktuell noch aus Kernkraftwerken stammen, können demnächst auch noch dem Braunkohlestrom aus der Lausitz zugeschlagen werden.

Denn auch wenn man es sich noch so sehr wünscht – die Winterausbeute von Solaranlagen ist katastrophal, und wenn der Wind nicht weht, schnellt der Kohle- und Erdgasanteil im Strommix auf 70 Prozent und mehr.

Und zwar genau dann, wenn die demnächst sechs Millionen Wärmepumpen hochlaufen. Was soll daran nachhaltig sein?

Jetzt zeigt sich: Der Ausstieg aus der Kernkraft kommt mindestens zehn Jahre zu früh. Wir hätten zunächst Langfrist-Speicher für grünen Strom aus den Sommermonaten entwickeln müssen, außerdem verlässliche Solar-Wasserstoffproduktion und -Lieferung aus Ländern, in denen das ganze Jahr über die Sonne scheint.

Möglicherweise merken die Fachleute in den Ministerien inzwischen selbst, dass hier etwas nicht stimmt und stehen sich deshalb unbewusst aus der Verantwortung. Denn mit dem Gebäude-Energie-Gesetz überlassen sie die Wärmewende im Gebäudesektor fast vollständig den Bürgern.

Sie müssen schon ab 2024 immer höhere Geräte-, Installations- und Umbaukosten schultern, während die Kommunen in dem Gebäude-Energie-Gesetz erst ein Jahr später zur Aufstellung von Wärmeplänen verpflichtet werden, ab dem Jahr 2025.

Manche Versorger schließen Wärmepumpe gar nicht erst ans Netz an

Bis die fertig sind, dürfte es Jahre dauern. Viele Wärmepumpen werden in dieser Zeit gezwungenermaßen eingebaut, obwohl sie teuer und oft sogar ineffizient laufen dürften – wenn überhaupt: Schon jetzt kommt es immer wieder vor, dass lokale Versorger eine neue Wärmepumpe aus Sorge vor Netzüberlastung gar nicht erst anschließen.

Eine sinnvolle Alternative wären kommunale Wärmenetze, betrieben etwa mit effizienten Blockheizkraftwerken, oder auch Großwärmepumpen mit zügig geplanter Tiefengeothermie. In verdichteten Wohngebieten mit Mehrfamilienhäusern ist das fast die einzige Alternative.

Solche Anlagen lassen sich wesentlich effizienter betreiben als Abertausende von schlecht konfigurierten Mini-Luft-Wasser-Wärmepumpen mit brummenden Außengeräten im Hinterhof oder auf dem Dach. Doch dafür braucht man eben mehr Zeit.

Anders als in den Anfangsjahren der Bundesrepublik will sich der Staat aber offenbar nicht mehr um die zentrale Wärme-Daseinsvorsorge kümmern. Stadtwerke liefern den Strom – wenn sie denn genug davon haben – und die Hausbesitzer und Mieter können sehen, wie sie damit zurechtkommen.

Im Zweifel wird sogar gedrosselt, man muss sich also auch um einen ausreichend dimensionierten Pufferspeicher für Warmwasser kümmern, damit morgens die Dusche nicht kalt bleibt.

Dass dies so kommt, erscheint nicht unwahrscheinlich, denn der Kohleausstieg, so fantasieren manche Politiker, könnte auch schon 2028 statt 2030 kommen. In einigen Jahren würde dann an windschwachen Wintertagen weniger Strom zur Verfügung stehen, bei gleichzeitig steigendem Bedarf wegen der zusätzlichen Wärmepumpen und E-Autos.

Der zweite Schritt vor dem ersten

Eigentlich ist jetzt schon klar, dass auch das nicht funktionieren wird. Weil aber das Prinzip Hoffnung vorherrscht, werden wertvolle Jahre vergeudet, in denen man eine bessere Wärmeplanung hätte entwickeln und Langfrist-Speicher hätte bauen können.

Indem wir jetzt geradezu panisch die Anzahl der Stromverbraucher erhöhen und dann erst über alles Weitere nachdenken, machen wir den zweiten Schritt vor dem ersten. Dem Klima ist damit nicht genützt, sondern geschadet.